

# > Berlin aktuell

## Informationen zur Arbeit von Ingbert Liebing

Redaktion: Sophie Brachvogel

Für die Mitglieder und Freunde der CDU in Nordfriesland und Dithmarschen Nord

### Positive Grundstimmung in Deutschland zur Adventszeit

Eingeleiteter Sanierungsprozess trägt Früchte: Arbeitslosenzahl fällt, die Konjunktur steigt!



In jüngster Zeit hat die große Koalition in Berlin gute Ergebnisse verzeichnen können, die mit guten Botschaften verbunden sind: die Konjunktur boomt wie seit etlichen Jahren nicht mehr. Dies schafft neue Arbeitsplätze. Gingen vor einem Jahr noch täglich 1.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse verloren, konnten wir im Oktober 258.000 sozialversicherungspflichtige Jobs mehr als vor einem Jahr verzeichnen. Die Zahl der Arbeitslosen ist um 471.000 gesunken. Dies spült zusätzliche Steuereinnahmen in die öffentlichen Kassen und Beiträge in die Sozialversicherungssysteme. Damit kann die Neuverschuldung auf 19,6 Mrd. Euro und damit auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung gesenkt werden. Die Koalition hat beschlossen, die Mehreinnahmen konsequent zur Haushaltskonsolidierung und Spielräume zur weiteren Absenkung der Lohnzusatzkosten zu nutzen. Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung werden über die bereits beschlossenen 2 Prozentpunkte um weitere 0,3 Prozentpunkte abgesenkt, und durch eine frühere Steuerfinanzierung der beitragsfreien Mitversicherung von Kindern in der gesetzlichen Krankenversicherung kann dort der sonst notwendige Beitragsanstieg abgemildert werden. Dies macht Arbeit wieder bezahlbarer und wird weitere Arbeitsplätze schaffen.

#### Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

die Besichtigung der Reichstagskuppel ist ein Höhepunkt jedes Bundestags-Besuches – obiges Bild zeigt meine vom Bundespresseamt eingeladene Gruppe mit 50 politisch interessierten Bürgern aus unserem Wahlkreis Nordfriesland und Dithmarschen-Nord. Besonders spannend war dabei für die Reisenden der Studiobesuch beim Morgenmagazin vom ZDF. Der ein oder andere Nordfriese und Dithmarscher wurde bei der Live-Sendung interviewt und bis in die heimischen Wohnzimmer übertragen.

Die Besucher aus dem Wahlkreis nahmen auch die positive politische Stimmung mit nach Hause: mit der Großen Koalition in Berlin wurde nicht nur ein Politikwechsel vollzogen, sondern auch ein Wechsel im Politikstil - weg von der „Basta“-Politik von Gerhard Schröder hin zur lösungsorientierten Politik von Angela Merkel. Es gilt, unterschiedliche Interessen „unter einen Hut“ zu bringen, was bei der Großen Koalition um so schwieriger ist. Dass ein Kompromiss nicht alle zufrieden stellen kann, ist unvermeidbar. Umso erstaunlicher sind die Fortschritte, die bereits im ersten Jahr erzielt wurden. Die Balance-Politik von Bundeskanzlerin Angela Merkel hat Erfolg und einen unbestechlichen Indikator: Die Arbeitslosenzahlen und das Wirtschaftswachstum!

Doch trotz all dieser positiven Entwicklungen liegen noch schwere Brocken wie die Gesundheitsreform vor uns. Die Reform um das Gesundheitswesen hat sich zwar als besonders schwierig und kontrovers erwiesen, trotzdem ist das Ergebnis wesentlich besser, als weithin angenommen. Die Problematik besteht darin, eine Vielzahl von gegensätzlichen Interessen zu berücksichtigen und in Einklang zu bringen.

Verbunden mit den besten Wünschen für eine besinnliche und fröhliche Weihnachtszeit und viel Glück, Gesundheit und Zufriedenheit für das Jahr 2007 verbleibe ich mit herzlichen Grüßen

Ihr

## Von Chemikalienpolitik bis zum Schutz der Tiefsee:

Drei Parlamentsinitiativen federführend von Ingbert Liebing für die CDU/CSU-Fraktion bearbeitet

### REACH

Als Berichterstatter im Umweltausschuss für Chemikalienpolitik ist REACH (Registrierung, Evaluierung und Authorisierung von Chemikalien) ein wichtiges Thema. Schon lange beschäftigt sich das Parlament damit.

Der Bundestag unterstützt den „Gemeinsamen Standpunkt“ des EU-Wettbewerbsrats zur EU-Chemikalienverordnung gezielt weiter. Der EU-Wettbewerbsrat hat Ende 2005 mit entscheidender Unterstützung der Bundesregierung einen tragfähigen Kompromiss zur Chemikalienverordnung REACH ausgehandelt, deren zweite Lesung Mitte Dezember im Europäischen Parlament ansteht.

Leider hat der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments im Vorfeld der zweiten Lesung aus Sicht der CDU/CSU ein davon stark abweichendes Abstimmungsergebnis vorgelegt. Deshalb ist es jetzt an uns, ein Zeichen nach Brüssel zu senden, dass wir hinter dem Gemeinsamen Standpunkt stehen. Dabei geht es insbesondere um ein Schutzniveau, das vor allem in den Unternehmen praktikabel ist und überzogene Anforderungen vermeidet.

### IKZM

Vor dem Hintergrund steigender Nutzungsansprüche an Meer und Küstengebiete, muss der Anreiz für eine nachhaltige Bewirtschaftung des maritimen Raums geschaffen werden.

Deshalb habe ich federführend für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Parlament einen Antrag eingebracht, der auf Grundlage der Strategie für ein integriertes Küstenzonenmanagement (IKZM) die Anforderungen an ein effizientes, aber unbürokratisches Küstenzonenmanagement entwickelt. Dieser Antrag nimmt Bezug auf die von der Bundesregierung verabschiedete nationale IKZM-Strategie, mit der eine EU-Empfehlung umgesetzt wird.

Der IKZM-Strategie kommt auch an der schleswig-holsteinischen Westküste in Nordfriesland und Dithmarschen besondere Bedeutung zu. Bei der konkreten Umsetzung gibt es bereits einige viel versprechende Ansätze. Die Entwicklung eines maritimen Clusters wie bei Schleswig-Holsteins Initiative „Zukunft Meer“ stellt ebenso einen Baustein regionaler IKZM-Aktivitäten dar wie das Projekt „Coastal Future“ an der schleswig-holsteinischen Nordseeküste. Die Insel- und Halligkonferenz hat sich genau wie die Kreisgremien ebenfalls ausgiebig mit dem Thema befasst.

### Tiefseeschutz

Die Bedeutung der Meere für das Leben auf der Erde ist kaum zu überschätzen. Die ökologischen Leistungen und der Nutzen, den wir aus den Meeren ziehen, sind durch den nicht nachhaltigen Umgang der Menschen mit den Meeren in höchstem Maße gefährdet. Unter der Zerstörung der Meere leidet besonders die Bevölkerung an den Küsten der Entwicklungsländer, die unmittelbar von den Leistungen der Meere zum Beispiel bei ihrer Ernährung abhängen. Es ist deshalb wichtig, dass wir mehr als in der Vergangenheit den Schutz der Meere in den Mittelpunkt unserer Politik stellen. Die Union hat einen Antrag für den Deutschen Bundestag initiiert, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, sich in den internationalen Verhandlungen zum Schutz der Meere für die Einrichtung von Schutzgebieten, für ein Verbot von zerstörerischen Fischereipraktiken und für einen nachhaltigen Umgang mit den Meeren einzusetzen. Wir unterstützen mit diesem Antrag die Aktivitäten der Bundesregierung im Rahmen der laufenden Verhandlungen zu diesen und ähnlichen Themen auf europäischer und internationaler Ebene.

### Malwettbewerb zur Tiefsee für 5.-6. Klassen in S-H!

Damit das Thema „Schutz der Tiefsee“ und damit verbunden der „Schutz der Meere“ ins Bewusstsein der Menschen und im Besonderen der Kinder rückt, die später mit den schwerwiegenden Folgen der Umweltzerstörung zu kämpfen haben, rufen die CDU-Abgeordneten aus Schleswig-Holstein in Zusammenarbeit mit dem Kieler Leibniz-Institut für Meereswissenschaften IFM-GEOMAR zu einem Malwettbewerb auf: Unter dem Motto „Malt die Tiefsee, wie Ihr sie Euch vorstellt“ können sich alle 5.-6. Klassen in Schleswig-Holstein beteiligen. Die Preisverleihung findet im März 2007 in der Landesvertretung Schleswig-Holstein in Berlin statt.

**Gewinnt eine Fahrt mit dem Forschungsschiff des Meeresforschungsinstituts IFM-GEOMAR und entdeckt das Leben im Meer!**

Auf die ersten drei Gewinner wartet eine Fahrt auf dem Forschungsschiff des IFM-GEOMAR in Kiel, verbunden mit einer Institutsführung. Die Fahrtkosten nach Kiel werden für die ersten drei Gewinner von den Abgeordneten übernommen. Weiterhin gibt es spannende Sachpreise zum Thema Tiefsee zu gewinnen.

Die Teilnehmer aller 5.-6. Klassen können ihre Kunstwerke an **Ingbert Liebing, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin** schicken. Einsendeschluss ist der 15. Februar 2007.



## Kommunalpolitische Zwischenbilanz nach einem Jahr: Planungssicherheit für Gemeinden bei Hartz IV und Gewerbesteuer

**Gute Nachricht für die Kommunen! An den von den Städten und Gemeinden zu tragenden Wohnkosten für Hartz-IV Empfänger beteiligt sich der Bund im nächsten Jahr mit 4,3 Milliarden Euro oder einem Anteil von 31,8 Prozent. Somit werden die von den Bundesministern Müntefering und Steinbrück im Bundeshaushalt eingeplanten zwei Milliarden Euro mehr als verdoppelt.**

Für die kommenden Jahre gibt es eine Gleitklausel: Steigt die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften, dann steigt auch der Anteil des Bundes an den Kosten der Unterkunft. Diese Regelung gilt für die Jahre 2007 bis einschl. 2010, also ein Jahr über die Legislaturperiode hinaus.

Das Verhandlungsergebnis belegt einmal mehr, dass die Große Koalition mit alten kommunalfeindlichen Automatismen bricht. Noch vor einem Jahr – Rot-Grün lag in den letzten Zügen – wollte die alte Regierung Schröder nicht nur eine zukünftige Absenkung der Bundesbeteiligung auf Null, sondern überdies eine Rückzahlung in Höhe von rund 3 Mrd. Euro für 2005. Dies hätte in den kommunalen Haushalten einen Flächenbrand mit unvorstellbaren Ausmaßen hervorgerufen. Die Union hatte dies verhindert.

Folgerichtig ließ die neue Bundesregierung nicht nur die Forderungen der Vorgängerregierung für das Jahr 2005 fallen, sondern stellte überdies sicher, dass die Beteiligung an den Unterbringungskosten der Arbeitslosengeld II-Empfänger mit 29,1 Prozent auch im Jahr 2006 in vollem Umfang erhalten blieb. Jetzt besteht Planungssicherheit bis 2010. Die Entlastung durch den Bund sowie die steigenden kommunalen Steuereinnahmen tragen dazu bei, dass die Kommunen ihre Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger erfüllen können.

### UNTERNEHMENSSTEUERREFORM

Die Große Koalition hat sich auf eine Reform der Unternehmensbesteuerung mit dem Ziel einer Verbesserung der steuerlichen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen geeinigt. Das zentrale Ziel dieser Reform wird mit den Anfang November vereinbarten Beschlüssen erreicht: Die steuerlichen Belastungen für alle Unternehmen – Personenunternehmen und große Kapitalgesellschaften – werden auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau von unter 30 Prozent gesenkt. Die Experten der Koalition haben einen ausgewogenen Kompromiss gefunden, der sowohl der Wirtschaft als auch den öffentlichen Haushalten hilft. Für die Kommunen ist es ein Erfolg, dass die Gewerbesteuer als ihre wichtigste Einnahmequelle erhalten und stabilisiert werden soll.

Der Arbeitskreis Steuerschätzung erwartet für das Jahr 2006 ein Gewerbesteueraufkommen von 37,75 Mrd. Euro gegenüber 34,2 Mrd. Euro bei der Mai-Steuerschätzung. Für 2007 wird mit einem Aufkommen von 36,8 Mrd. Euro gerechnet.

Ein wichtiger Erfolg für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist, dass das Problem der Gewinnverlagerung ins Ausland nicht mit Maßnahmen bekämpft wird, die zu einer erheblichen Besteuerung der unternehmerischen Substanz geführt hätten. Die vereinbarten Beschlüsse zur Gegenfinanzierung erlauben eine Nettoentlastung von rund 5 Milliarden Euro und stellen damit sicher, dass das Ziel der Haushaltskonsolidierung nicht in Frage gestellt wird. Bundeskanzlerin Merkel hat es in ihrer Rede treffend auf den Punkt gebracht: „Profitieren werden die Kommunen.“ Die Reform soll bis zum 1.1.2008 in Kraft treten. Mit der Senkung der Unternehmenssteuern wird das Reformkonzept der Großen Koalition – „Sanieren, Reformieren, Investieren“ – konsequent fortgesetzt.

Das Logistikbataillon 162 in Seeth, (Bild rechts), besuchte Ingbert Liebing im August diesen Jahres und ließ sich von den Soldaten vor Ort die Ausrüstung der Kaserne erklären. Weitere Stationen seiner Rundreise durch die Bundeswehr-Standorte waren das Flugabwehrraketengeschwader 1 in Husum, die Flugabwehrraketengruppe 25 in Stadum und der Fernmeldeaufklärungsabschnitt 911 in Bramstedtlund. In den intensiven Gesprächen mit den Soldaten standen insbesondere die Bundestagsentscheidungen über Auslandseinsätze der Bundeswehr im Mittelpunkt. Eine sehr interessante Diskussion über die vielfältige Arbeit eines Bundestagsabgeordneten entwickelte sich im Rahmen der Teilnahme an einer politischen Bildungsveranstaltung der Bundeswehr in Stadum. Doch neben den Gesprächen war auch Geselligkeit angesagt wie beim Bürgermeisterabend des Logistikbataillons 162 in Seeth.

Einen besonderen Höhepunkt der zahlreichen Besuche bildete die Gelöbnis- und Verteidigungsrede, die Ingbert Liebing in der Marineversorgungsschule in List auf Sylt hielt.



## Unterwegs im Wahlkreis von Heide bis Hallig Hooge Eröffnung Büsumer Krabbentage - Sozialzentrum Husum - Seniorenunion Heide

Die Arbeit eines Bundestagsabgeordneten findet nicht nur in Berlin, sondern mit gleichem Gewicht auch im Wahlkreis statt. In den vergangenen Wochen standen wieder viele Termine in Nordfriesland und Dithmarschen-Nord in Ingbert Liebings Terminkalender.

Er besuchte die Bäckerei Sönke Petersen in Niebüll wie das Bild rechts zeigt und informierte sich über die Situation vor Ort. Aktuelles Thema war hier die geplante Änderung der Verpackungsverordnung mit negativen Folgen für Bäcker und Konditoren.

Fünf Betriebe, die sich besonders für die Ausbildung junger Menschen engagieren, besuchte Liebing gemeinsam mit der IHK.

In Heide standen unter anderem verschiedene Betriebsbesichtigungen, Gespräche mit Unternehmern sowie Besuche im Westküstenklinikum, der Stadtverwaltung und bei der Bundesagentur für Arbeit auf dem Programm.

### Küstenschutz auf Hallig Hooge

In Büsum war der Abgeordnete bei der Eröffnung der Krabbentage dabei, und bei einem Tagesprogramm auf Hallig Hooge ging es vor allem um Küstenschutz, Tourismus und die Verwaltungsstrukturreform.

Im Sozialzentrum Husum stand die Umsetzung der Hartz IV Gesetzgebung auf dem Programm. Über Erfahrungen und Bilanz nach einem Jahr Großer



Ingbert Liebing besuchte die Bäckerei Sönke Petersen in Niebüll, von links nach rechts: Herr Jacob Hinrichsen (CDU-Ortsvorsitzender), der Inhaber Martin Martensen, Ingbert Liebing, Kurt-Heinz Japsen (CDU-Stadtvertreter) und Herr Martensen Senior.

Koalition berichtete Liebing in Veranstaltungen der Senioren Union Niebüll und der Jungen Union Heide.

Mit dem sozial- und arbeitsmarktpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Ralf Brauksiepe und dem energiepolitischen Koordinator der Fraktion Dr. Joachim Pfeiffer, holte Liebing zwei hochkarätige Kollegen aus der Fraktionsführung in den Wahlkreis. Während sich Dr. Brauksiepe insbesondere für die Hartz IV-Problematik (Auswirkungen von Haushaltskürzungen und -Sperr-

auf den Kreis Nordfriesland sowie weiteren Optimierungsbedarf) interessierte, besuchte Liebing gemeinsam mit Dr. Pfeiffer Unternehmen der Windkraftbranche, führte Gespräche mit Windmüllern und stellte sich der Diskussion mit der Offshore kritischen Bürgerinitiative „Gegenwind“. Hier erlebte Dr. Pfeiffer die Breite der Diskussion zur Windkraft und erfuhr die politischen Probleme des mangelnden Netzausbaus, die in die Beratung des Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetzes einfließen, mit dem der Windkraftbranche deutlich geholfen wird.

## Kontakt Ingbert Liebing | Mitglied des Deutschen Bundestages

### Berlin

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

☎ (030) 227 – 71 173

☎ (030) 227 – 76 142

✉ [ingbert.liebing@bundestag.de](mailto:ingbert.liebing@bundestag.de)

### Ansprechpartner:

Sophie Brachvogel und Antonia Schabel

### Wahlkreisbüro Nordfriesland

Hannes Fuhrig, Sandra Hansen  
Heckenweg 1

25813 Husum

☎ (04841) 23 28

☎ (04841) 800 180

✉ [ingbert.liebing@wk.bundestag.de](mailto:ingbert.liebing@wk.bundestag.de)

### Wahlkreisbüro Dithmarschen-Nord

Anne Ohlsen  
Hamburger Str. 7  
25746 Heide

☎ (0481) 34 06

☎ (0481) 53 82

✉ [service@cdu-dithmarschen.de](mailto:service@cdu-dithmarschen.de)

